

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.

Anhebung der Bezahlung von Tagesmüttern

Nachtragshaushalt der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 2009

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	41	Jugend und Soziales
Produktbereich:	41.01	Hilfen für junge Menschen und Familien
Produktgruppe:	03.01.02	Tagesbetreuung

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2009 von 97 403 T€ um 836 T€ auf 98 239 T€ erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	34	Jugend und Soziales
Kapitel:	3432	Allgemeine Bewilligungen für Kinderbetreuung
Titel:	684 41-4	Durchführung des Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG)

Der Anschlag wird für das Jahr 2009 von 4 900 000 € um 836 000 € auf 5 736 000 € erhöht.

Erläuterung:

Im Rahmen des Ausbaus der U3-Betreuung wird nach Planungen des Senats auch weiterhin auf die individuelle Tagesbetreuung durch Tagesmütter als ein Element der Versorgung gesetzt. Dies ist auch deshalb notwendig, weil die Tagespflege flexible Leistungen und Betreuungszeiten anbietet, die von der institutionellen Betreuung nicht angeboten werden. Derzeit werden 725 Kinder von 394 Tagespflegepersonen betreut, der Stundensatz beträgt 1,50 € pro Kind und Stunde, zuzüglich einer Sachaufwandpauschale. Durch die gesetzliche Umstellung zum 1. Januar 2009 in der einkommensteuerrechtlichen Behandlung (Selbstständigkeit) verdienen viele Tagesmütter netto weniger als vorher, ca. 30 haben die Tätigkeit daraufhin bereits aufgegeben. Für die meisten ist die Bezahlung nicht armutsfest, viele erhalten aufstockende Hilfen zum Unterhalt.

Durch die Anhebung des Stundensatzes pro Kind von 1,50 € auf 3 € wird dies geändert und das Einkommen der Tagesmütter spürbar angehoben. Dies ist ein Beitrag sowohl zur Qualität der Betreuung als auch zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts in den Stadtteilen, zur Armutsfestigkeit und zur Bekämpfung der sozialen Krise.

Klaus-Rainer Rupp,
Monique Troedel und Fraktion DIE LINKE.